

Steuerreform

Am 24. Mai konnte Präsidentin Macapagal-Arroyo nach schwierigen Verhandlungen im Repräsentantenhaus schließlich das Gesetz zur Reform der Mehrwertsteuer unterzeichnen. Zuvor hatte sie erheblichen Druck auf die Kammer ausgeübt, ihre Beratungen zu beschleunigen. Das Gesetz Nr. 9337 sieht zwar keine sofortige Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von derzeit zehn Prozent vor, erlaubt der Präsidentin aber, ihn »unter bestimmten Bedingungen« Anfang 2006 auf zwölf Prozent anzuheben. Auch sollen die vom vollen Satz befreiten Produktgruppen reduziert werden. Ferner wird die Unternehmenssteuer um drei Punkte auf dann 35 Prozent steigen. Von diesen Maßnahmen ver-

spricht sich die Regierung zusätzliche Einnahmen von rund 100 Milliarden Pesos jährlich, um der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte entgegenzuwirken. Gegner der Reform hatten zu bedenken gegeben, dass den Mindestlohn verdienende Arbeiter mit über 500 Pesos monatlich zusätzlich belastet werden. Dem energischen Eintreten der Präsidentin für die schnellen Gesetzesänderungen waren Anfang des Jahres mehrere negative Einschätzungen der makroökonomischen Lage des Landes durch Ratingagenturen vorausgegangen. Für Reaktionen zwischen Indignation und leichter Panik sorgten Äußerungen eines Analysten beim Treffen der ADB, der Parallelen zur wirtschaftlichen Lage Argenti-

niens unmittelbar vor der schweren Finanzkrise Ende 2001 zog. Auch Berater der Weltbank hatten künftige Zuwendungen an die Verabschiedung des Gesetzes gebunden. Unterdessen ist auch ein Gesetz in Vorbereitung, das importierte Luxusgüter im Wert von über 50000 Pesos und Schönheitsoperationen mit einer 20prozentigen Steuer belegen soll.

vgl. PDI 23.3., 13.4., 24.5., MT 9.3.

nachrichten

Goldene Aussichten

Nach der im Dezember gefallenen Entscheidung des Verfassungsgerichts, die Ausbeutung von Bodenschätzen durch ausländische Konzerne sei verfassungskonform, hat sich die Zahl von Anfragen insbesondere chinesischer und australischer Firmen deutlich erhöht. Das Büro für Bergbau und Geowissenschaften gab bekannt, es gebe derzeit ein bis zwei Anfragen täglich. Ferner werde an einem Informationssystem gearbeitet, das potentiellen Investoren die Auswahl geeigneter Gebiete etwa zum Kupfer- oder Goldabbau erleichtern solle. Momentan lässt die Regierung Goldvorkommen bei Diwalwal im geschätzten Wert von 1,5 Milliarden Dollar untersuchen, um sie selbst auszubeuten oder eine Konzession zu erteilen. Andererseits werden Forderungen laut, die über lange Zeit stiefmütterlich behandelte Ingenieursausbildung zu fördern, um die in den nächsten Jahren erwartete Nachfrage nach Fachkräften aus dem eigenen Land decken zu können. Unterdessen waren zwei Bergbaueegner aus Siocon nach Kanada eingeladen, um dort vor einem Parlamentsausschuss über Menschenrechtsverletzungen durch den kanadischen Bergbaukonzern TVI zu berichten (vgl. **südostasien** 1/05).

Mindanews 8.3., 10.3., 25.3.

Die dunkle Seite der Macht

Der Ehemann sowie ein Sohn von Präsidentin Macapagal-Arroyo stehen im Verdacht, Schmiergelder im Zusammenhang mit dem gesetzlich verbotenen, aber äußerst populären Glücksspiel Jueteng zu kassieren. Arroyo verlangte eine Untersuchung »unabhängig davon, wer dabei verletzt wird«. Ihr Sohn, ein Abgeordneter des Repräsentantenhauses, sagte, er hätte niemals Bestechungsgelder für das Tolerieren von Jueteng-Betreibern angenommen. Auch »First Gentleman« Jose Miguel Arroyo wies die Vorwürfe von sich. Auffällig ist tatsächlich, dass diese zunächst vom oppositionellen Senator Panfilo Lacson erhoben wurden, der Frau Arroyo in den Präsidentschaftswahlen vergangenen Jahr unterlegen war und so nach Ansicht einiger Beobachter möglicherweise eine persönliche Rechnung zu begleichen versucht. Andererseits ist das Wegsehen bei Betreibern des Juetengs schon seit kolonialen Zeiten eine beliebte Nebeneinnahme gewesen. Auch Arroyos Vorgänger Estrada war derartigen Vorwürfen ausgesetzt, die auch seine Amtsenthebung mitbedingten.

PDI 26.4., Mindanews 18.5., Inq7.net 19.5.

Politische Morde

Nach dem Irak sind die Philippinen für Journalisten der gefährlichste Arbeitsort weltweit, was die Zahl der politisch motivierten Morde an Vertretern dieser Berufsgruppe anbelangt. Das jüngste Opfer war im März Marlene Esperat, die über Jahre hinweg zu Korruption in Regionalabteilungen des Landwirtschaftsministeriums recherchiert hatte. Zuletzt hatte sie offenbar Versuche unternommen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein fiktives Bewässerungsprojekt in Cotabato zu lenken, für das Beamte des Ministeriums Millionen Pesos einstrichen. Sie wurde in ihrer Privatwohnung und vor den Augen ihrer Kinder von einem Auftragsmörder hingerichtet. Bis 2004 war Esperat selbst als Chemikerin beim Ministerium angestellt. Obwohl sie seit Jahren Todesdrohungen erhielt und die Justiz ihren Hinweisen nur sehr lustlos nachging, gab sie ihre Untersuchungen sowie ihre wöchentliche Kolumne in einer Lokalzeitung niemals auf. Mittlerweile wurden einige Tatverdächtige gefasst, die Hintermänner sind jedoch

weiter auf freiem Fuss. Der unter ein Zeugenschutzprogramm gestellte Armeeangehörige Rowie Barua gab an, die Auftraggeber seien zwei leitende Beamte des Ministeriums. Doch nicht nur Journalisten, sondern auch Politiker sehen sich zunehmend bedroht. So kamen seit Beginn des Jahres schon mehrere Vertreter der Parteiliste Bayan Muna gewaltsam ums Leben. Obwohl ein klarer Nachweis momentan nicht möglich ist, wird vermutet, dass diese Morde auf das Konto der antikommunistischen Vigilante-Gruppen gehen. Unterdessen wird auch über eine mögliche Entschärfung des Problems durch eine Beschränkung der Zahl der Kleinwaffen nachgedacht. Momentan sterben in den Philippinen durchschnittlich sieben Personen täglich durch Schusswaffen in Privatbesitz, deren Anzahl nach Angaben der Polizei fast 150000 erreicht.

The Philippine Star 11.3., 16.3., Mindanews 28.3., 14.5.

nachrichten

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Der Prozess gegen den 2001 des Amtes enthobenen Ex-Präsidenten Estrada wegen Korruption und persönlicher Bereicherung zieht sich in die Länge. Nach Ansicht der Staatsanwaltes Dennis Villa-Ignacio präsentiert die Verteidigung bewusst eine Vielzahl mäßig glaubwürdiger Zeugen, um das Verfahren zu verschleppen und mit nachlassendem öffentlichen Interesse Erleichterungen für den Angeklagten zu erreichen. Im Mai war es Estrada gestattet, zum einhundertsten Geburtstag seiner Mutter für einige Stunden den Hausarrest zu verlassen. Bei der Party der alten Dame, die von der Stadt Manila einen Orden für das Aufziehen von elf Kindern erhielt, gaben sich unter 750 Gästen viele Vertreter der Administration ihres Sohnes ein Stelldichein. Manilas Bürgermeister Atienza sagte, er glaube nicht, die Feier sei zu politischen Absprachen gebraucht worden. Überliefert ist jedenfalls, Estrada habe seiner Mutter versprochen, den »guten Namen der Familie« wieder reinzuwaschen und bei ihrem nächsten Geburtstag auf freiem Fuß zu sein.

Philippine Star 3.5., MT 14.3.

Die Friedensverhandlungen zwischen der Moro Islamic Liberation Front (MILF) und der Regierung, die im April auf neutralem Terrain in Malaysia geführt wurden, waren nach Ansicht beider Seiten relativ erfolgreich. Zum ersten Mal seit Jahren konnte man sich über die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes hinaus in inhaltlichen Fragen annähern. Dabei ging es in erster Linie um die Anerkennung von ancestral domains, traditionellem Landbesitz der indigenen Bevölkerung der Südinself. Laut Mohagher Iqbal, dem Verhandlungsführer auf MILF-Seite, wurden dabei in den meisten Punkten substantielle Übereinstimmungen ausgehandelt. Die sensible Frage der Regierungsgewalt über diese Gebiete soll jedoch erst

Bund fürs Leben

Die Regierung Arroyo hat sich mit Berufung auf »familiäre Werte« und »Lebensschutz« entschieden gegen eine gesetzliche Zulassung von Ehescheidungen verwahrt. Die Präsidentin, die als gläubige Katholikin bekannt ist, ließ ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus einen Gesetzesentwurf abblocken, der eine Scheidung nach mehrjähriger Trennung gestatten wollte. Die katholische Bischofskonferenz glaubt, kirchliche Programme und die Unterstützung der Gemeinde könnten Wege aus Ehekrise aufzeigen. Diese offiziellen Standpunkte haben jedoch den Schönheitsfehler, dass Personen mit den Mitteln für einen guten Anwalt bereits jetzt durchaus Annullierungen von Ehen erreichen können. Neben Malta sind die Philippinen weltweit der einzige Staat, der Scheidungen verbietet.

PDI 19.3.

Krieg und Frieden

in der nächsten Verhandlungsrunde in Angriff genommen werden.

Die bewaffnete Konfrontation von Regierungstruppen und Kämpfern der MNLF auf den Suluinseln haben nach Angaben der Sulu Peace and Solidarity Mission Ende März annähernd 10000 Familien in die Flucht getrieben. Die Auseinandersetzungen eskalierten Anfang Februar nach der Tötung der Familie Padiwan durch die Armee, über deren Hintergrund beide Seiten unterschiedliche Positionen vertreten. Die MNLF drängt u.a. auf einen fairen Prozess für ihren inhaftierten Anführer Nur Misuari. Eine mögliche Strategie zur Beilegung des Konflikts könnten wie bereits in der Vergangenheit Gespräche unter Vermitt-

lung der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) sein. Einige Beobachter vermuten, mit dem harten Durchgreifen der Armee versuche die Exekutive, MILF und MNLF gegeneinander auszuspielen, außer der Kontrolle über die Autonome Region Muslim Mindanao (ARMM) im Süden des Landes habe die Regierung der MILF wenig anzubieten. Die ARMM wird jedoch seit ihrer Gründung von der MNLF verwaltet.

Bulatlat 27.2., Mindanews 8.5., 29.5.

— Anzeige —

südostasien

erscheint vierteljährlich im Umfang von ca. 92 Seiten
Einzelpreis: € 5,-, zzgl. Porto, Jahresabo: € 20,- bzw. € 40,- für Institutionen

erhältlich bei **philippinenbüro** oder **Südostasien Informationsstelle** im Asienhaus
Bullmannau 11, D-45327 Essen
Tel. (0201) 830 38-18/31, Fax: (0201) 830 38-30, E-Mail: soainfo@asienhaus.de
Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 43050001) 30302491, Post giro Dortmund 1748-460

Geschenkabo

Ich möchte ein Geschenkabo (Preise siehe oben) einrichten.
 Das Abo soll bis auf weiteres laufen. Das Abo soll ein Jahr laufen.

Name des/der Beschenkten:

Anschrift:

Name des/der Schenkenden:

Anschrift:

Datum, Unterschrift:

Abo/Förderabo

Ich abonniere **südostasien** ab sofort (Preise siehe oben).

Name:

Anschrift:

Datum, Unterschrift:

Ich ermächtige **südostasien** den Betrag abzubuchen von meinem Konto:

bei der (Bankverbindung): Bankleitzahl:

Ich habe das Recht die obige Bestellung innerhalb von 2 Wochen ohne Angaben von Gründen zu widerrufen und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift.

Datum, Unterschrift: